

Ukraine – Deutschland

1 : 1

In der Ukraine werden Proteste und Demonstrationen mit Polizeigewalt unterdrückt.

In Frankfurt auch.

Über die Ukraine berichten die Medien.

Über Frankfurt nicht.

Vom 17.-19.Mai sollten in Frankfurt friedliche Proteste und Kundgebungen stattfinden, gegen den Umgang mit der von den Finanzmärkten ausgelösten Krise, wie ihn die Europäische Zentralbank, die Kommission und der Internationale Währungsfonds betreiben.

Solidarität gegen die Spardiktate, die ganze Volkswirtschaften zugrunde richten.

Um jeden Widerstand gegen diese Politik zu unterdrücken, wurde am 17.5 und am 18.5. in Frankfurt das Grundgesetz außer Kraft gesetzt.

Jede Versammlung, jede politische Meinungsäußerung war verboten.

Menschen, die ihr vom Grundgesetz garantiertes Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Anspruch nahmen wurden von Polizisten gekesselt, erhielten Platzverweise, und wurden im Wiederholungsfall festgenommen. Hunderte von Menschen, die auch nicht im Ansatz Gewalt ausgeübt haben.

Menschen, die zusammen standen oder saßen, ihre Meinung geäußert haben, Lieder gesungen, oder Grundgesetze verteilt haben wurden mit Festnahme bedroht.

Es klingt unglaublich, aber es war so.

Wer dabei war, weiß nun, wie es ist, wenn demokratische Grundrechte nicht mehr gelten.

Und wie wertvoll uns diese Rechte sein müssen.

Es war eine erschreckende Erfahrung.

Nicht weniger erschreckend ist, dass die Medien ihrer Informationspflicht in keiner Weise nachkommen.

Ein paar nette Worte und Bilder über eine friedlich-fröhliche erlaubte Demonstration von 25000 Menschen am 19.5., die einzig erlaubte Aktion.

Kein Aufschrei, dass eine Stadt es wagt, ihren Boden zur grundgesetzfreien Zone zu erklären, um eine Politik zu schützen, die Reiche maßlos reich macht und immer größere Teile der europäischen Bevölkerung ins Elend stürzt.

Es ging nicht darum, gewalttätigen Ausschreitungen vorzubeugen. Das zeigt der Verlauf der Proteste, die friedlich sein sollten und es auch waren. Es ging einzig und allein darum, Kritik zu unterdrücken.

Dafür wurden 5000 Polizisten verheizt und mal gar nicht gespart, sondern Steuergelder verpulvert.

Ist das unsere Vorstellung von Demokratie?

Alle Demonstrationen und Kundgebungen von NPD, Pro Köln, Kameradschaften usw. werden mit massiven Polizeiaufgeboten geschützt, ganze Stadtviertel werden abgesperrt, um ihr Demonstrationsrecht gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Sobald aber gegen die Politik des Sozialabbaus zugunsten einer verschwindend kleinen Minderheit demonstriert werden soll, interessieren die gleichen Paragraphen nicht mehr.

Wir sind ja eigentlich nur ein Karnevalsverein.

Un et hät noch immer jot jeje.

Langsam beschleicht uns aber das Gefühl: Vun nix kütt nix.

Wenn wir Demokratie wollten, müssen wir aufpassen und sie verteidigen.

Süns sare die do bowwe

Kenne mer nit, bruche mer nit, fott domet.

Udo und die Nanas oder Bunte Funken gegen braune Halunken oder Pappnasen.

Dat sin mir.